

# Relocation als Rettung

Mehrere Kommunen wollen Menschen aus Italien und Griechenland aufnehmen

Von Ulrike Duchrow

**Die EU hat im September 2015 ein Relocation-Programm beschlossen, das vorsieht, Flüchtlinge aus Griechenland und Italien umzusiedeln. Die Umsetzung des Beschlusses wird aber von den Mitgliedsländern boykottiert. Das hat Initiativen und kommunale Verwaltungen europaweit dazu veranlasst, eine schnelle Aufnahme von Flüchtlingen direkt aus den betroffenen Ländern zu fordern.**

Das Lager in Idomeni ist zwar geräumt, die Flüchtlinge wurden aber in sogenannte „Hot Spots“ gebracht, die sie nicht verlassen dürfen und wo sie unter menschenunwürdigen Bedingungen leben müssen. Die hygienischen Verhältnisse sind erbärmlich und die Ernährung ist unzureichend. Es soll Fälle von Skorbut gegeben haben. Viele warten verzweifelt darauf, dass sie zu Verwandten in Deutschland und anderen europäischen Ländern nachkommen können. Unter den Geflüchteten sind viele Familien mit kleinen Kindern und Säuglingen, alte und kranke Menschen.

Griechenland, das selbst unter einer Wirtschaftskrise leidet, ist der Aufgabe, für die fast 60.000 Flüchtlinge ohne angemessene Hilfe aus den anderen europäischen Ländern zu sorgen, nicht gewachsen. Die Asylbehörde in Athen verfügt über gerade 130 MitarbeiterInnen, weil sie wegen der von der Troika auferlegten Sparprogramme im öffentlichen Sektor keine weiteren MitarbeiterInnen einstellen kann. Die EASO, das europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen, hat gerade einmal 27 Asylexpert\*innen und 27 Dolmetscher\*innen geschickt, um das Relocation-Verfahren voranzubringen (Stand: 27.9.2016).

Die Umsetzung des Relocation-Programms, das zur Entlastung Griechenlands und Italiens von der EU beschlossen wurde, ist nach einem Jahr noch kaum angelaufen. Von den 160.000 Personen sind erst 2500 (Stand: Ende August) verteilt. Deutschland hatte sich verpflichtet 27.500 Personen innerhalb von zwei Jahren aufzunehmen, aber erst 192 Menschen aus Griechenland und 20 aus Italien sind hier angekommen (Stand: Ende September). Die Bundesregierung hat es trotz Mahnungen aus Brüssel lange unterlassen, monatliche Kontingente anzugeben. Bewusste Verzögerungstaktik?! Ende Septem-

ber hat Berlin – wohl auf Druck von Flüchtlingsorganisationen – ein Kontingent von 500 Flüchtlingen zugesagt. Wenn jedoch der Zeitplan eingehalten würde – Relocation aller vorgesehenen Flüchtlinge bis Frühsommer 2017 – müssten monatlich ca. 3000 Menschen aufgenommen werden.

Während die Regierungen in Europa alles tun, um Flüchtlinge fernzuhalten und auch eingegangene Verpflichtungen nicht erfüllen, schreiten einige kommunale Initiativen zur Tat. Sie werben bei ihren kommunalen Verwaltungen dafür, eine bestimmte Anzahl Flüchtlinge direkt aus Griechenland und Italien aufzunehmen und appellieren an die Bundesrepublik, die Einreise zu genehmigen und eine sichere Einreise zu gewährleisten. Die Initiator\*innen wollen zuallererst den Flüchtlingen in Griechenland rasch und unbürokratisch helfen, gleichzeitig geht es darum, dem jeweiligen Bundesland und der Bundesregierung zu signalisieren, dass die Kommunen, die ja die eigentliche Integrationsarbeit leisten müssen, bereit sind, Flüchtlinge aufzunehmen. Damit wollen sie auch Druck auf die Regierung ausüben, ihre Zusagen einzuhalten.

In Deutschland hat Osnabrück den Anfang gemacht: Gestartet wurde das Projekt von einer Stadtteilinitiative, die schon seit längerem Flüchtlinge berät, Sprachkurse und Freizeitaktivitäten anbietet, bei der Wohnungssuche hilft und anderes mehr. Zusammen mit ein paar Aktiven aus anderen Gruppen (attac, Griechenlandsolidarität) wurde ein „Offener Brief“ an den Oberbürgermeister und den Stadtrat gerichtet. Die Initiative protestiert gegen das Zögern der Bundesrepublik, die versprochene Zahl der Flüchtlinge aus Griechenland und Italien zügig aufzunehmen und will zugleich 50 Personen direkt aus Griechenland aufnehmen, unabhängig von den Flüchtlingen, die der Stadt zugewiesen werden.

Es wurde eine Website (<http://50ausidomeni.de/>) eingerichtet und auf der Petitionsplattform WeACT! von Campact eine Online-Unterschriftensammlung gestartet (<https://weact.campact.de/petitions/50-menschen-aus-idomeni-nach-osnabruck-bringen>). Dies wurde allen potenziell Interessierten in der Stadt bekannt gegeben. Gleichzeitig wurden Artikel in der Lokalpresse lanciert. Prominente wurden als UnterstützerInnen gewonnen. Am 14. Juni stimmte der Osnabrücker Stadtrat mit großer Mehrheit dem Antrag zu. Durch Gespräche mit der Stadtverwaltung, mit dem niedersächsischen Innenminister Boris Pistorius und Mitgliedern des Stadtrats gelang es, einen Weg zu finden, wie das geschehen kann. Die Initiative hatte bereits Kontakte zu Flüchtlingen in Osnabrück, die Angehörige oder Freund\*innen in Griechenland hatten. Die Partnerorganisation „Naomi“ in Tessaloniki half vor Ort.

Während die Initiative darauf wartet, dass die 50 ankommen, setzt sie sich für eine Vernetzung mit ähnlichen Initiativen in anderen Städten ein. In Darmstadt, in Essen, im Wendland und in Mannheim gibt es inzwischen Bürgerinitiativen, die ebenfalls das Ziel verfolgen, die Regierung zu einer schnelleren Umsetzung des EU-Programms zu bringen, und gleichzeitig weiteren Flüchtlingen Schutz gewähren wollen.

Darmstadt will mit der Kampagne „57 Darmstadt verdoppelt“ die Zahl der Personen, die bis August 2016 durch das EU-Relocationprogramm nach Deutschland gekommen sind, nämlich 57 von 27.500, verdoppeln und bei sich aufnehmen. Sie hat Unterschriften gesammelt und UnterstützerInnen, u.a. den DGB-Stadtverband, gewonnen und fordert Oberbürgermeister Jochen Partsch dazu auf, sich beim Land Hessen und bei der Bundesregierung für das Vorhaben einzusetzen.

Mannheim beruft sich auf die Save me Kampagne von 2011, als der Mannheimer Stadtrat mit großer Mehrheit beschlossen hat, jährlich ein bestimmtes Kontingent von Geflüchteten aus Lagern der Erstaufnahmeländer aufzunehmen. Stadträte der Grünen und der SPD haben einen Antrag für die Aufnahme von 550 Flüchtlingen im Gemeinderat eingebracht. Die Verwaltung hat ihn abgelehnt mit dem Hinweis auf die vielen Flüchtlinge, die Mannheim bereits jetzt aufgenommen hat. Der Stadtrat wird noch darüber abstimmen.

Unter dem Motto Modellregion Wendland – für eine offene Gesellschaft möchte „ZuFlucht Wendland“ 10.001 Geflüchtete ins Wendland einladen. Das Notaufnahmelager in Lüchow-Dannenberg soll dafür genutzt werden. Die Initiative verweist auf die Aufnahme von 30.000 Flüchtlingen 1945. „Es

gibt hier im Wendland vielfältige Erfahrungen mit der Umsetzung gesellschaftlicher Utopien,“ heißt es mit Anspielung auf die Geschichte des Wendlands im Flugblatt der Initiative.

Münster will zusätzlich zu den Flüchtlingen, die der Stadt zugewiesen werden, 368 Geflüchtete aufnehmen – vor 368 Jahren wurde dort der Westfälische Friede unterzeichnet. Ähnliche Vorstöße wie in den genannten Städten gibt es in Essen Wuppertal, Mainz, Offenbach, Kaarst, Marburg, Münster, Cottbus, München, Goslar, Celle, Bad Vilbel, Hamburg, Halle an der Saale, Neustadt an der Weinstraße, Kassel und sogar in den Landtagen von Schleswig Holstein, Bayern und Thüringen.

Auch in anderen europäischen Kommunen fordern Menschen gemeinsam mit ihrer Stadtspitze, Geflüchtete aufzunehmen. So wurde in Spanien von der Bürgermeisterin Ada Colou das Netzwerk, „Städte der Zuflucht“ angeregt, dem unter anderem Valencia, Zaragoza, Madrid beigetreten sind. Breslau und Slupsk in Polen sowie Sutera und Satriano in Italien haben Aufnahmebereitschaft signalisiert. Sie eint der Gedanke, dass sie sich mit Menschen in Not solidarisch fühlen und ihnen helfen wollen und können – auch gegen nationalstaatliche Politik. Aus dem Rat der Gemeinden und Regionen Europas haben sich 21 Bürgermeister\*innen bzw. Präsident\*innen von Regionen bereit erklärt, mehr Flüchtlinge aus dem Relocation-Programm aufzunehmen, darunter die Bürgermeister\*innen von München, Paris, Wien und Lissabon.

Für eine Nachfrage von „unten“ statt einer Verteilung von „oben“ macht sich auch Gesine Schwan stark in ihrem Schreiben „Ein Weg aus der aktuellen europäischen Misere in der Flüchtlingspolitik – als Chance für einen europäischen Neuanfang“. Sie legt darin dar, dass Kommunen, die freiwillig Flüchtlinge aufnehmen, vom Staat für die Integration ausreichend Geld erhalten sollten, damit sie nicht nur die Flüchtlinge integrieren, sondern auch die kommunalen Strukturen für alle Bewohner\*innen ausbauen können. So brächten die Flüchtlinge statt einer Belastung die Chance für menschliche Bereicherung und wirtschaftlichen Aufschwung.

Das Engagement der Initiativen ist ein Anfang, der Mut macht. Sehr weit sind die Pläne der deutschen Initiativen aber noch nicht gekommen. Außer in Osnabrück liegt noch nirgends ein Stadtratsbeschluss vor. Man kann nur wünschen, dass die Initiativen trotzdem weitermachen und dass es mehr werden. Das gäbe den Flüchtlingen in Griechenland und Italien Hoffnung und wäre ein Zeichen des Mitgefühls und der Solidarität gegen staatliche Verzögerungspolitik und Fremdenfeindlichkeit.

#### **Die Autorin**

*Ulrike Duchrow  
ist Mitglied im  
Sprecherrat des  
Flüchtlingsrats  
BW.*